

## Redaktionsnetzwerk Deutschland – Märkische Allgemeine

<http://www.maz-online.de/Nachrichten/Politik/Suchtxperten-warne-vor-falschen-Prioritaeten-im-Kampf-gegen-Drogen>

[Politik](#)

### **Drogen- und Suchtbericht 2018 Suchtxperten warnen vor falschen Prioritäten im Kampf gegen Drogen**

Der Drogenkonsum boomt weltweit, Deutschland setzt allerdings falsche Prioritäten im Umgang mit legalen und illegalen Drogen. Das geht aus dem Alternativen Drogen- und Suchtbericht 2018 hervor. Demnach solle mehr gegen Alkohol und Tabak getan werden.



Der Alkohol- und Tabakkonsum in Deutschland steigt seit Jahren an, genauso wie die Zahl der Todesfälle.

Quelle: dpa

Berlin

Die Bundesregierung setzt im Kampf gegen legale und illegale Drogen nach Ansicht von Suchtxperten die falschen Prioritäten. [Rekordzahlen bei der Kriminalisierung von Cannabiskonsumenten](#) stehe ein Versagen im Kampf gegen den Tabak- und Alkoholkonsum gegenüber, heißt es in dem am Mittwoch in Berlin vorgestellten Alternativen Drogen- und Suchtbericht 2018.

Neben einer Regulierung der Abgabe und der Kontrolle der Qualität von Drogen fordern die Autoren unter anderem ein vollständiges Werbe- und Sponsoringverbot für Tabakfirmen, eine Anhebung der Alkoholsteuer sowie Warnhinweise etwa auf Weinflaschen. Außerdem spricht sich der Bericht für eine Entkriminalisierung von Cannabiskonsumenten aus.

### **Trinkmenge und Todesfälle auf höchstem Niveau**

Deutschland sei drogenpolitisch ein Entwicklungsland und Schlusslicht bei der Prävention von Alkohol und Tabak, sagte Suchtxperte Heino Stöver als Mitherausgeber des Berichtes. Nirgendwo in Westeuropa sei Alkohol als Volksdroge so billig wie in Deutschland.

Entgegen des sinkenden Pro-Kopf-Konsums in der EU bleibe Deutschland sowohl bei der jährlichen Trinkmenge (13,8 Liter) als auch bei alkoholbedingten Krankheiten und Todesfällen auf international höchstem Niveau, sagte Stöver, der das Institut für Suchtforschung an der Frankfurt University of Applied Sciences leitet.

Mit seinen 340.000 Zigarettenautomaten sei das Land zudem einsamer Spitzenreiter. Seit Inkrafttreten des Werbeverbots für die Tabakindustrie in Printmedien 2007 hätten sich deren Marketingausgaben auf einen Rekordwert von 232 Millionen Euro (2015) beinahe verdoppelt.

### **110.000 tabakbedingte Todesfälle und 1.272 durch illegale Drogen**

Nicht Forschungsergebnisse seien Grundlage der Politik, sondern parteipolitische Überlegungen und Ideologie, kritisierte Stöver. Als Beispiel für eine aus seiner Sicht fehlgeleitete Drogenpolitik verwies er auf die hohe Zahl von [tabak- und alkoholbedingten Todesfällen](#), die von der Bundesregierung nicht thematisiert würden: „Geschätzte 74.000 alkoholbedingte, 110.000 tabakbedingte vorzeitige Sterbefälle pro Jahr sind offenbar nicht der Rede wert.“

Dazu zählen unter anderem Krebserkrankungen und Verkehrsunfälle. Im Vergleich dazu seien im vergangenen Jahr an den Folgen des Konsums illegaler Drogen 1.272 Menschen gestorben. Mehr als die Hälfte davon starb an einer Überdosis Heroin und anderen Opioiden.

### **Drogenproblem wird größer**

Als Beleg für einen erhöhten [Verfolgungsdruck auf Cannabiskonsumenten](#) führt der Bericht die im vergangenen Jahr weiter angestiegene Zahl an Rauschgiftdelikten auf (330.580). Davon betrafen mehr als die Hälfte der Ermittlungsverfahren Cannabiskonsumenten.

Steigende Raten bei Beschlagnahmungen und Anzeigen seien aber kein Hinweis auf ein größer werdendes „Drogenproblem“, sondern Ausdruck der gestiegenen, aber selektiven Kontrollintensität der Polizei. Profitieren würde dadurch unter anderem die Organisierte Kriminalität, die höhere Gewinne durch den Verkauf illegaler Drogen erziele.

### **Justiz und Polizei setzt sich für Reform der Drogenpolitik ein**

Der ehemalige Polizeipräsident von Münster, Hubert Wimber, erklärte am Beispiel des Görlitzer Parks in Berlin-Kreuzberg, die Erhöhung der Polizeipräsenz und die Intensivierung von Polizeirazzien sei ohne spürbare Auswirkung auf Angebot und [Nachfrage am Drogenmarkt](#) geblieben. Er forderte eine Ende der Strafverfolgung von Drogenkonsumierenden. Wimber ist Vorsitzender der Vereinigung „Law Enforcement Against Prohibition“, in der sich Polizisten, Richter und Staatsanwälte für eine Reform der Drogenpolitik einsetzen.

Der Alternative Drogen- und Suchtbericht wird vom Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik (akzept e.V.), der Deutschen Aids-Hilfe und vom JES-Bundesverband („Junkies, Ehemalige und Substituierte“) herausgegeben.

**Von RND/epd**

AFP, t-online.de

[https://www.t-online.de/gesundheit/ernaehrung/id\\_84013482/kritiker-werfen-regierung-ideologische-drogenpolitik-vor.html](https://www.t-online.de/gesundheit/ernaehrung/id_84013482/kritiker-werfen-regierung-ideologische-drogenpolitik-vor.html)

### **Drogen- und Suchtbericht**

#### **Kritiker werfen Regierung ideologische Drogenpolitik vor**

27.06.2018, 14:31 Uhr |



Alkoholismus: Verbände kritisieren den gesellschaftlichen Umgang mit der Droge Alkohol. (Quelle: eclipse\_images/Getty Images)

### **In der Drogenhilfe aktive Verbände und Experten haben der Bundesregierung vorgeworfen, drogenpolitische Entscheidungen an parteipolitischen Überlegungen und "ideologischen Glaubenssätzen" auszurichten.**

Kritiker haben der Regierung eine ideologisch ausgerichtete Drogenpolitik vorgeworfen. "Selektiv greift die Drogenbeauftragte immer wieder Themen heraus, die sie medial vermarktet, statt eine umfassende Analyse der Risiken bestimmter Drogen und der Wirkungen bestimmter Kontrollpolitiken vorzunehmen", erklärt der Verband Akzept bei der Vorstellung des alternativen Drogen- und Suchtberichts.

So sei bei der Bekanntgabe der Zahlen zu Drogentoten durch die Bundesdrogenbeauftragte Marlene Mortler (CSU) und das Bundeskriminalamt im Mai 2018 kein Wort über das Drogenverbot "als eigentliche Ursache vieler vermeidbarer Todesfälle" gefallen.

- **Alkoholmissbrauch:** [Ab wann ist man Alkoholiker?](#)
- **Tipps zum Aufhören:** [Beim Rauchstopp kommt es auf die ersten zehn Tage an](#)
- **Aktueller Bericht:** [So stark steigt der Cannabis-Konsum bei Kindern und Jugendlichen](#)
- **Gesetz verabschiedet:** [Kanadas Abgeordnetenhaus für Cannabis-Legalisierung](#)

Die "Fehler der offiziellen Drogenpolitik" ließen sich am Umgang mit Cannabis zu Genusszwecken verdeutlichen: Während anderswo auf der Welt zunehmend von Strafen abgesehen werde, gehe "Deutschland einen Schritt zurück".

### **Laxe Kontrollpolitik" bei Alkohol und Tabak**

Verbesserungsbedarf gebe es besonders beim gesellschaftlichen Umgang mit legalen Drogen wie Tabak und Alkohol. Die "vergleichsweise hohen Konsumraten" in Deutschland seien "hauptsächlich bedingt durch eine laxen Kontrollpolitik".

Der "legalen Drogenindustrie, ihren Lobbyisten und Werbeagenturen" werde das Feld überlassen, statt gesundheitspolitisch nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen und Erfahrungen anderer Länder "steuernd einzugreifen".

Der alternative Drogen- und Suchtbericht wird seit 2014 jährlich unter Federführung des Bundesverbands für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik (Akzept) herausgegeben.

### **Hohe Zahl an Cannabiskonsumenten**

Dem Jahresbericht des UN-Büros für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) zufolge war im Jahr 2016 Cannabis mit 192 Millionen Konsumenten weltweit die am stärksten verbreitete Droge.

Die UNODC meldete überdies neue Rekordstände bei Heroin und Kokain. Die Produktion von Kokain wuchs demnach 2016 auf geschätzte 1.410 Tonnen – ein Anstieg von 25 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Ein Großteil der Kokablätter als Rohstoff der Droge stammte demnach aus Kolumbien.

Die Produktion des Heroinrohstoffs Opium wuchs nach den UN-Zahlen 2017 im Vergleich zum Vorjahr sogar um 65 Prozent auf 10.500 Tonnen. 9.000 Tonnen davon kamen aus dem Krisenland Afghanistan.

Verwendete Quellen:

**AFP**

-----

### **Frankfurter Rundschau –fr.de E-paper, Multimedia App**

<http://www.fr.de/politik/sucht-experten-halten-deutschland-fuer-drogenpolitisches-entwicklungsland-a-1533602>

### **Sucht Experten halten Deutschland für drogenpolitisches Entwicklungsland**

Die Bundesregierung setzt im Kampf gegen Drogen nach Ansicht von Suchtexperten die falschen Prioritäten.

Der Alternative Drogen- und Suchtbericht 2018 kommt zu dem Schluss: Beim Kampf gegen Tabak- und Alkoholkonsum versagt der Staat. Foto: epd

Rekordzahlen bei der Kriminalisierung von Cannabiskonsumenten stehe ein Versagen im Eindämmen des Tabak- und Alkoholkonsums gegenüber, heißt es in dem am Mittwoch in Berlin vorgestellten Alternativen Drogen- und Suchtbericht 2018.

Neben einer Regulierung der Abgabe und der Kontrolle der Qualität von Drogen fordern die Autoren unter anderem ein vollständiges Werbe- und Sponsoringverbot für Tabakfirmen, eine Anhebung der Alkoholsteuer sowie Warnhinweise etwa auf Weinflaschen. Außerdem spricht sich der Bericht für eine Entkriminalisierung von Cannabiskonsumenten aus.

Deutschland sei drogenpolitisch ein Entwicklungsland und Schlusslicht bei der Prävention von Alkohol und Tabak, sagte Suchtexperte Heino Stöver als Mitherausgeber des Berichtes. Nirgendwo in Westeuropa sei Alkohol als Volksdroge so billig wie in Deutschland. Entgegen des sinkenden Pro-Kopf-Konsums in der EU bleibe Deutschland sowohl bei der jährlichen Trinkmenge (13,8 Liter) als auch bei alkoholbedingten Krankheiten und Todesfällen auf international höchstem Niveau, sagte Stöver, der das Institut für Suchtforschung an der Frankfurt University of Applied Sciences leitet.

### **„Fehlgeleitete Drogenpolitik“**

Mit seinen 340.000 Zigarettenautomaten sei das Land zudem einsamer Spitzenreiter. Seit Inkrafttreten des Werbeverbots für die Tabakindustrie in Printmedien 2007 hätten sich deren Marketingausgaben auf einen Rekordwert von 232 Millionen Euro (2015) beinahe verdoppelt.

Nicht Forschungsergebnisse seien Grundlage der Politik, sondern parteipolitische Überlegungen und Ideologie, kritisierte Stöver. Als Beispiel für eine aus seiner Sicht fehlgeleitete Drogenpolitik verwies er auf die hohe Zahl von tabak- und alkoholbedingten Todesfällen, die von der Bundesregierung nicht thematisiert würden: „Geschätzte 74.000 alkoholbedingte, 110.000 tabakbedingte vorzeitige Sterbefälle pro Jahr sind offenbar nicht der Rede wert.“ Dazu zählen unter anderem Krebserkrankungen und Verkehrsunfälle. Im Vergleich dazu seien im vergangenen Jahr an den Folgen des Konsums illegaler Drogen 1.272 Menschen gestorben. Mehr als die Hälfte davon starb an einer Überdosis Heroin und anderen Opioiden.

### **Organisierte Kriminalität**

Als Beleg für einen erhöhten Verfolgungsdruck auf Cannabiskonsumenten führt der Bericht die im vergangenen Jahr weiter angestiegene Zahl an Rauschgiftdelikten auf (330.580). Davon betreffen mehr als die Hälfte der Ermittlungsverfahren Cannabisnutzer. Steigende Raten bei Beschlagnahmungen und Anzeigen seien aber kein Hinweis auf ein größer werdendes „Drogenproblem“, sondern Ausdruck der gestiegenen, aber selektiven Kontrollintensität der Polizei. Profitieren würde dadurch unter anderem die organisierte Kriminalität, die höhere Gewinne durch den Verkauf illegaler Drogen erziele.

Der Alternative Drogen- und Suchtbericht wird vom Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik (akzept e.V.), der Deutschen Aids-Hilfe und vom JES-Bundesverband ("Junkies, Ehemalige und Substituierte") herausgegeben. (epd)

### **Nd – neues deutschland**

<https://www.neues-deutschland.de/artikel/1092539.alternativer-drogenbericht-prohibition-ist-ein-irrweg.html>

[Politik](#)

Alternativer Drogenbericht

**»Prohibition ist ein Irrweg«**

**Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit: Repressive Politik gegen Drogenkonsumenten nutzt niemandem**

Von Rainer Balcerowiak

[28.06.2018](#)

Is »drogenpolitisches Entwicklungsland« sieht der Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit (akzept e.V) derzeit die Bundesrepublik. Noch immer werde Drogenpolitik nicht auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse und internationaler Erfahrungen betrieben, sondern anhand »parteipolitischer Überlegungen und ideologischer Glaubenssätze«, betonte der akzept-Vorsitzende Heino Stöver bei der Vorstellung des 5. Alternativen Drogen- und Suchtberichts am Mittwoch in Berlin.

Die Bigotterie der herrschenden Politik wird vor allem bei der Unterscheidung zwischen der legalen Rausch- und Suchtsubstanz Alkohol und illegalen Drogen wie zum Beispiel Cannabis deutlich. Während Bier, Wein und Schnaps hierzulande als eine Art nationales Kulturgut betrachtet werden, ist - mit Ausnahme der sehr eng begrenzten medizinischen Verabreichung - der Cannabiskonsum geächtet und repressionsbewehrt.

Für Hubert Wimber, den ehemaligen Polizeipräsidenten von Münster, ist das schlicht »absurd«. Der festgestellte Besitz oder Konsum von Cannabis führe auch bei Kleinstmengen zwingend zu polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen, obwohl es in diesen Fällen »kein Opfer und keinen Geschädigten gibt«. Und während fast 80 Prozent aller Gewaltdelikte im häuslichen und öffentlichen Raum in Verbindung mit Alkoholkonsum stehen, seien entsprechende Quoten im Zusammenhang mit Cannabis kaum messbar. Wimber wies ferner auf die Tendenz hin, Drogenkonsumenten aus dem öffentlichen Raum zu vertreiben, besonders in aufgewerteten Stadtteilen.

Der Verband ist weit davon entfernt, die Risiken und Gefahren des Konsums psychoaktiver Substanzen zu verharmlosen. Aber eine prohibitive und repressive Politik gegen Konsumenten nutze niemandem,

bekräftigte der Frankfurter Suchtforscher Bernd Wersé. Im Gegenteil: Hilfs- und Beratungsangebote bei gleichzeitiger Strafverfolgung seien sinnlos und kontraproduktiv.

Neben einer umfassenden Entkriminalisierung des Drogenkonsums fordert akzept e.V. vor allem einen grundlegenden Paradigmenwechsel in der Drogenpolitik. Im Mittelpunkt steht dabei der Ansatz der »Harm Reduction« (Schmerzreduzierung). Darunter versteht man Programme und Praktiken, die in erster Linie darauf abzielen, die negativen gesundheitlichen, sozialen und ökonomischen Konsequenzen des Gebrauchs von legalen und illegalen Drogen zu reduzieren, ohne dabei vorrangig auf Entzug und Abstinenz zu setzen. Gerade Opiatabhängige, von denen es laut Schätzungen in Deutschland rund 200 000 gibt, leiden in der Regel weniger an der stofflichen Sucht als an der Stigmatisierung und Kriminalisierung.

Längst ist durch Modellversuche in verschiedenen Ländern bekannt, dass die kontrollierte Abgabe von Heroin an Schwerstabhängige in den meisten Fällen sowohl den Gesundheitszustand als auch die soziale Reintegration der Betroffenen befördern. Dennoch stehen in Deutschland kaum Plätze für derartige Programme zur Verfügung. Der Zugang zu ihnen ist alles andere als niederschwellig. Statt Drogenkonsumenten den unkalkulierbaren Risiken des Drogenmarktes mit seinen oftmals gefährlich gepanschten Produkten auszuliefern, müsse es ein mit Beratung verbundenes »Substanzmonitoring« von Drogen geben, forderte akzept-Vorsitzender Stöver. Zwar gibt entsprechende Versuche in etlichen Klubs, in denen der Konsum von »Partydrogen« wie Ecstasy allgemein üblich ist, doch eine rechtliche Grundlage dafür fehlt.

In letzter Konsequenz liefe das auf eine »kontrollierte und regulierte Ausgabe« von bislang illegalisierten Drogen hinaus. In Bezug auf Cannabis haben das einige Länder wie zum Beispiel Kanada bereits realisiert. Akzept sowie mehrere Vereinigungen von Juristen und Wissenschaftlern wollen weiter in diesem Sinne auf die Politik einwirken. Stöver betont, die meisten Experten seien sich »einig, dass eine prohibitive Drogenpolitik ein verhängnisvoller Irrweg ist«.

-----  
**Gesendet:** Mittwoch, 27. Juni 2018 um 11:57 Uhr

**Von:** [pressesprecher@linksfraktion.de](mailto:pressesprecher@linksfraktion.de)

**Betreff:** Niema Movassat: Drogenpolitik der Bundesregierung geht an der Realität vorbei  
 0583 / 27. Juni 2018

**Pressemitteilung von Niema Movassat**

Drogenpolitik der Bundesregierung geht an der Realität vorbei

„Scheuklappengeleitet wiederholen Vertreter der prohibitiven Drogenpolitik seit Jahren die Gefährlichkeit illegaler Drogen, obwohl längst klar ist, dass nicht die Einordnung in legal und illegal die Gefährlichkeit ausmachen, sondern vielmehr die Häufigkeit und Art des Konsums sowie die Verunreinigung der Substanzen. Regelmäßiger Alkoholrausch verkürzt das Leben. Ein Joint in der Woche kann hingegen in erster Linie deswegen gesundheitsbedenklich sein, weil das nur auf dem Schwarzmarkt erhältliche Cannabis mit Blei oder Haarspray verunreinigt sein könnte. Es sind also problematische Konsummuster und der Schwarzmarkt, über die wir dringend reden müssen“, erklärt Niema Movassat, drogenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, anlässlich der heutigen Vorstellung des 5. Alternativen Drogen- und Suchtberichts. Movassat weiter:

„Der alternative Drogen- und Suchtbericht verdeutlicht Jahr um Jahr, dass die Drogenpolitik der Bundesregierung die wissenschaftlichen Erkenntnisse und die Meinung der Fachwelt größtenteils ignoriert. Die Verbotspolitik dämmt Drogen nicht ein, sondern erhöht die gesundheitlichen Risiken durch Streckmittel und Überdosierungen sowie die Ansteckungsgefahr mit Infektionskrankheiten. Wie der Bericht verdeutlicht, müssen wir dringend Maßnahmen zur harm reduction wie beispielsweise Drug-Checking oder die Vergabe von Konsumutensilien ausbauen. Es ist höchste Zeit für eine drogenpolitische Kehrtwende. Das bedeutet konkret: Wir brauchen eine Entkriminalisierung von Drogenkonsumierenden – denn nur dadurch kann für Menschen mit einer Suchtproblematik eine schnelle und niederschwellige Hilfe gewährleistet werden.“

F.d.R. Benjamin Wuttke

Fraktion **DIE LINKE. im Bundestag**, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Pressesprecher: Michael Schlick, Tel. 030/227-50016, Mobil 0172/373 13 55

Stellv. Pressesprecher: Jan-Philipp Vathauer Tel. 030/227-52801, Mobil 0151/282 02 708

Stellv. Pressesprecherin: Caroline Heptner Tel. 030/227-52810, Mobil 0151/576 92 455

Telefax 030/227-56801, pressensprecher@linksfraktion.de, [www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)

-----

29.06.2018

**Junge welt**

<https://www.jungewelt.de/artikel/334959.legalize-it.html>

<https://www.jungewelt.de/artikel/334960.verfolgung-hat-keine-positiven-auswirkungen.html>

<https://www.jungewelt.de/artikel/334961.hintergrund-zeit-f%C3%BCr-die-kehrwende.html>

pdf separat

**Legalize it!**

**Experten stellten am Mittwoch in Berlin den »Alternativen Drogen- und Suchtbericht« vor. Harsche Kritik an der bisherigen Repressionspolitik**

*Von Markus Bernhardt*

Das Kernproblem der aktuellen Drogenpolitik bestehe darin, dass »nicht Forschungsergebnisse und systematisierte Erfahrungen« die »Grundlage für drogenpolitische Entscheidungen« böten, sondern »parteilpolitische Überlegungen und ideologische Glaubenssätze«. Dies erklärte Heino Stöver in seinem Eingangsstatement bei der Vorstellung des »5. Alternativen Drogen- und Suchtberichtes 2018« am Mittwoch in Berlin. Er ist Vorstandsvorsitzender des Vereins Akzept und geschäftsführender Direktor des Instituts für Suchtforschung an der Frankfurt University of Applied Sciences. Der Verein gibt in Zusammenarbeit mit der Deutschen AIDS-Hilfe (DAH) und dem JES-Bundesverband (Junkies, Ehemalige und Substituierte) alljährlich den Report heraus. Dieser versteht sich als Gegenstück zum von der Bundesregierung veröffentlichten »Drogen- und Suchtbericht«, denn dieser lasse »viele Fragen offen«. Das etablierte Vorgehen bleibe »weit hinter Erkenntnissen der Wissenschaft« zurück. Drogenpolitik müsse »rational und wissenschaftsbasiert sein«, konstatierte Stöver und machte keinen Hehl daraus, dass er die bisherige Strategie für fahrlässig hält. Ebenso die Besetzung des Amtes der Drogenbeauftragten der Bundesregierung. Die Experten und Wissenschaftler sehen sich genötigt, mittels des alternativen Berichtes »konkrete, evidenzbasierte Anregungen zur Behebung des Reformstaus in vielen Bereichen von Drogenhilfe, Prävention und Recht, sowohl im Hinblick auf legale als auch illegale Drogen« zu geben.

Ein thematischer Schwerpunkt des neu erschienenen Berichts liegt bei der mit Abstand am häufigsten konsumierten illegalisierten Droge Cannabis. Auf eben dieses Thema hatten sich auch die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) und die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Marlene Mortler (CSU), vor wenigen Tagen öffentlich eingelassen. Anlässlich des Weltdrogentages, der am letzten Dienstag begangen wurde, verteufelten sowohl die Behörde als auch Mortler selbst den Konsum von Cannabis und ignorierten wiederholt die wissenschaftlichen Erkenntnisse in diesem Bereich. »Die ständige Debatte um die Legalisierung führt in die falsche Richtung. Sie suggeriert gerade den Jüngeren, Cannabis sei eine ungefährliche Substanz – das ist schlicht und einfach falsch«, behauptete Mortler in einer Pressemitteilung. Neueste Studienerkenntnisse der BZgA, welche die Behörde in der letzten Woche veröffentlicht hatte, zeigten, dass der Konsum von Cannabis bei 12- bis 25jährigen in Deutschland in den vergangenen Jahren angestiegen sei. So hätten 16,8 Prozent der 18- bis 25jährigen angegeben, in den vergangenen zwölf Monaten mindestens einmal Cannabis konsumiert zu haben. Im Jahr 2008 seien es hingegen noch 11,6 Prozent gewesen. Anstatt sich dieser Realität zu stellen und einzugestehen, dass die bisherige Verbots- und Repressionspolitik – nicht nur in Sachen Cannabis, sondern auch bezüglich anderer Drogen – als gescheitert angesehen werden kann, sieht die Bundesregierung keinen Änderungsbedarf in ihrem Handeln.

Dies wiederum stieß am Mittwoch vor allem beim ehemaligen Polizeipräsidenten von Münster, Hubert Wimber, auf Kritik. Er verwies bei der Vorstellung des Alternativen Drogenberichtes auf das im Mai dieses Jahres veröffentlichte »Bundeslagebild Rauschgift« des Bundeskriminalamtes. Demzufolge wurden im vergangenen Jahr 330.580 polizeiliche Ermittlungsverfahren auf Grundlage des Betäubungsmittelstrafrechts angestoßen. Während die Kriminalität insgesamt im Vergleich zum Vorjahr um zehn Prozent zurückgegangen sei, seien die Drogendelikte im siebten Jahr in Folge angestiegen und hätten den höchsten Stand an Fallzahlen seit der Erfassung in einer gesamtdeutschen polizeilichen Kriminalstatistik. »Mit 166.236 konsumnahen Delikten waren in mehr als jedem zweiten Ermittlungsverfahren Cannabiskonsumenten als Tatverdächtige betroffen«, berichtete Wimber, der mittlerweile Vorsitzender von »Law Enforcement Against Prohibition« (LEAP) ist und sich für die Legalisierung von Cannabis stark macht. Auch insgesamt zeigte Wimber sich unzufrieden mit der etablierten Drogenpolitik, die weiterhin maßgeblich auf Repression der Konsumenten setzt. Es sei nunmehr an der Zeit, »die Kriminalisierung von Drogenkonsumierenden durch eine Änderung des Betäubungsmittelgesetzes zu beenden und die Strafverfolgungsbehörden von einer Vielzahl sinnloser Ermittlungsverfahren zu entlasten«, forderte der ehemalige Polizeipräsident am Mittwoch.

Scharf ins Gericht gingen die Anwesenden mit den Politikern, die in Sachen Alkohol und Tabak der »legalen Drogenindustrie, ihren Lobbyisten und Werbeagenturen das Feld überlasse, anstatt »gesundheitlich nach neusten wissenschaftlichen Erkenntnissen und Erfahrungen anderer Länder steuernd einzugreifen«. Zur Erinnerung: Jedes Jahr kommt es laut Statistik durchschnittlich zu 74.000 alkohol- und 110.000 tabakbedingten vorzeitigen Sterbefällen. Diese seien jedoch »offenbar der Rede nicht wert«.

-----

#### [»Verfolgung hat keine positiven Auswirkungen«](#)

Der alternative Drogenbericht als Korrektiv zu offiziellen Verlautbarungen.

Gespräch mit Bernd Werse

Interview: Markus Bernhardt

#### **Sie haben am Mittwoch den »5. Alternativen Drogen- und Suchtbericht« (ADSB) vorgestellt. Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Marlene Mortler (CSU), stellt ebenfalls jährlich einen Report vor. Wozu braucht es eine Alternative dazu?**

Der offizielle Drogen- und Suchtbericht der Bundesregierung enthält zwar eine Menge Zahlen und Fakten zum offiziellen drogenpolitischen Status Quo, Prävention und Behandlung, aber zum Beispiel die fortschreitende Diskussion über eine notwendige Neuausrichtung der Drogenpolitik wird völlig verschwiegen – beispielsweise die Regulierung von Cannabis zum Eigenbedarf. Ebenso wie der Umstand, dass aus politischen Gründen zahlreiche Angebote zur Prävention und Schadensminderung nicht oder nur regional begrenzt verfügbar sind, wie Substitutionsbehandlung, Spritzenvergabe in Haft. Da die drogenpolitische und hilfepolitische Landschaft an vielen Stellen verbesserungswürdig ist, ist der ADSB ein wichtiges Korrektiv für die offiziellen Verlautbarungen.

#### **Ein thematischer Schwerpunkt im neuen Bericht liegt bei der in Deutschland nach wie vor verbotenen Droge Cannabis. Warum tut sich die Bundesregierung in Sachen Legalisierung so schwer, obwohl jüngst Kanada und zuvor selbst Teile der USA Cannabis legalisiert haben?**

In den besagten Ländern ist die Bevölkerung in puncto Cannabis schon viel weiter als hierzulande: Deutliche Mehrheiten sind für eine legale Regulierung. In Deutschland hat sich zwar schon viel getan, auch auf der Ebene von Experten aller Professionen oder auch der Medien, aber da es bis dato noch keine Mehrheit dafür gibt, tun sich gerade konservativere Politiker damit schwer, da sie Angst haben, Wähler zu verlieren. Theoretisch gäbe es im Bundestag mit Linken, Grünen, FDP und weiten Teilen der SPD aber vermutlich schon eine Mehrheit für die legale Regulierung.

#### **Widerspricht dieses Vorgehen nicht dem offiziellen Umgang mit Alkohol und Tabak? Schließlich sterben jährlich durchschnittlich 74.000 Menschen im Jahr aufgrund von Alkohol und rund 110.000 Menschen durch Tabak bedingt.**

Das ist genau der Punkt, den wir in bislang jedem ADSB betont haben: Was Regelungen für legale Drogen betrifft, ist Deutschland Entwicklungsland. Immer noch darf auf Plakaten Werbung für Tabak gemacht werden, immer noch ist Alkohol praktisch jederzeit zu niedrigen Preisen verfügbar. Präventionsexperten

sind sich einig, dass ein solcher, hauptsächlich marktwirtschaftlich orientierter Umgang ein hohes Maß an Schäden mit sich bringt. Schädlich ist aber auch auf der anderen Seite die strafrechtliche Behandlung von Konsumenten illegaler Drogen. Wir möchten statt dessen eine nach dem jeweiligen Risikopotenzial ausgerichtete, vernünftige Regulierung für alle Drogen.

**In Ihrem Bericht kritisieren Sie die zunehmende Strafverfolgung. Kann staatliche Repression überhaupt ein Mittel im Kampf gegen Konsumenten von Drogen sein?**

Nein. Im übrigen betonen auch konservative Politiker immer wieder, dass Konsumenten nicht verfolgt werden sollten – zumal mittlerweile weitgehend Konsens ist, dass diese Verfolgung keine positiven Auswirkungen mit sich bringt. Tatsächlich passiert aber seit Jahren das Gegenteil: 2017 ist die Zahl der »konsumnahen Delikte«, in der Regel mit Eigenbedarfsmengen, nochmals um zehn Prozent auf einen neuen Rekordwert gestiegen. Das ergibt einfach keinen Sinn.

-----  
Aus: **junge welt** [Ausgabe vom 28.06.2018](#), Seite 3 / Schwerpunkt

**Hintergrund: Zeit für die Kehrtwende**

Die Drogenpolitik der Bundesregierung von CDU/CSU und SPD stößt vielerorts auf Ablehnung. »Scheuklappengeleitet behaupten Vertreter der prohibitiven Drogenpolitik seit Jahren die Gefährlichkeit illegaler Drogen, obwohl längst klar ist, dass nicht die Einordnung in legal und illegal die Gefährlichkeit ausmacht, sondern vielmehr die Häufigkeit und Art des Konsums sowie die Verunreinigung der Substanzen«, kritisierte am Mittwoch der drogenpolitische Sprecher der Linksfraktion, Niema Movassat. Es sei »höchste Zeit für eine drogenpolitische Kehrtwende«, stellte der Bundestagsabgeordnete klar.

Ähnlich äußerte sich Heino Stöver, Sozialwissenschaftler und Direktor des Instituts für Suchtforschung an der Frankfurt University of Applied Sciences am Montag. Auf die Frage, was er an der bundesdeutschen Drogenpolitik ändern würde, antwortete er am Mittwoch gegenüber *jW*, dass »als allererstes der Besitz geringer Mengen für alle bislang illegalen Drogen straffrei gemacht werden« müsse. »Das würde nicht nur Betroffenen und ihren Familien viel Leid ersparen, sondern auch die öffentlichen Kassen entlasten.« Weiterhin solle »ein System für den legal regulierten Handel mit Cannabis installiert werden, wie es zum Beispiel gerade in Kanada geschehe. Außerdem bedürfe »die Fahrerlaubnisverordnung einer gründlichen Reform – die aktuellen Regelungen zu Drogen und Führerschein sind hanebüchen und dienen nicht der Verkehrssicherheit«, so Stöver. Danach könne man über Modelle zur kontrollierten Abgabe diskutieren. »Es müsste eine substanzübergreifende Diskussion um Risikopotentiale einzelner Drogen und darauf basierender Regulierung in Gang gebracht werden«, sagte der Wissenschaftler. Das heiße, dass »auch die Zugänge zu und der Umgang mit den legalen Drogen Alkohol und Tabak auf den Prüfstand« gehörten.  
(bern)

Stand 29.06.2018